

des Ganzen gegangen und kriminalistische Fachleute im Gegen-

vertrouteten Anwälten und Gerichten mit der Aufhellung betraut wurden, als nunmehr der Leiter des Landesstriminalamts Steuding, zusammen mit dem Kriminalisten Dr. Hans von Hentig, die Ermittlungen aufzunehmen, verdichteten sich alle Verdachtsmomente gegen die drei nunmehr verhafteten Männer.

August Rogens war der erste, der das Geständnis ablegte. In Sachen Jakobowitsch einen Meineid geleistet zu haben. Er gab die Schuld auf Paul Kreuzfeld, der ihm den Gedanken eingegeben habe, den kleinen Ewald Rogens zu ermorden. Das Mord der Tat soll auf leichten Knieen des Rogens nach dem Tode des Kindes haben. Rogens erklärt, daß er am 9. Novem. er 1924 den Leinwand Blüster auf dem Wege nach Balingen getroffen habe, als dieser den kleinen Ewald, der leise wimmerte auf dem Arme trug. In diesem Augenblick sei ihm in Erinnerung an jene Augenblicke gekommen, es sei beabsichtigt, das vierjährige Kind zu ermorden. Deshalb sei er diesem heimlich gefolgt und habe gesehen, wie Blüster den kleinen Ewald Rogens mit einem Strick an einer Tanne aufhänge.

Blüster wiederum leugnet jede Zusammenhang mit der Tat, behauptet aber A. Rogens. Die Beteiligung dieser drei untereinander bildet augenblicklich noch den Gegenstand der Untersuchung. Nebeneinander haben die Verhafteten aber bereits das Geständnis abgelegt, daß sie Jakobowitsch

wissenschaftlich falsch beschuldigt und befehlet haben. Damit erweist die Tatsache, daß der russische Landarbeiter unschuldig hingerichtet und ein Opfer der medien-burgischen Justiz geworden ist, bereits als erwiesen.

Es hat also nicht rechtsbeugende Journalisten, wohl eher rechtsbeugende Richter und Juristen gegeben und die Ehre der Justiz wurde mit Recht angegriffen, weil durch ihr Verhalten das Leben eines Unschuldigen vernichtet worden ist. Aus Mecklenburg wird gemeldet, daß der Oberstaatsanwalt von Neustrelitz in den Kreis Rakeburg zu weiteren Ermittlungen abgereist ist. Man muß sich fragen, ob gerade dieser Mann, der solange ein Verbrechen der Justiz leugnete, der geeignete ist, jetzt die weitere Untersuchung zu führen. Im Kampfe um Abschaffung der Todesstrafe, der im kommenden Reichstag weitergeführt werden wird, wird der Fall Jakobowitsch im Mittelpunkt der Erörterungen stehen. Über die handgreiflichsten Beweise werden nicht ausreichen um im Parlament diese Abschaffung durchzuführen, wenn nicht am 20. Mai die Massen ihre Stimme so abgeben, daß der Klassenkampf ein Ende gemacht wird.

Wählt deswegen Liste 5.

Brutale Maßnahmen gegen die Angeklagten im Braunprozeß

Leipzig, 11. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Am Donnerstag wurde im Braunprozeß unter dem Vorsitz Senats die Vernehmung des Angeklagten Semmelmann, die nun bereits drei Tage dauert, weitergeführt. Semmelmann, dessen Gesundheit durch die lange Haft und zweijährige Untersuchungsführung sehr angegriffen ist, wurde vom Gericht rücksichtslos bearbeitet, wobei der Rechtsanwalt vor der Methode, Suggestivfragen zu stellen, nicht zurückschreckte. Gegen Mittag vermochte der Angeklagte infolge seines Schwächezustandes nicht mehr der Verhandlung zu folgen und beantragte eine kurze Unterbrechung. Der Rechtsanwalt wählte es, dem Angeklagten vorzumischen, daß er simuliere, und forderte Durchführung der Verhandlung. In den frühen Nachmittagsstunden wurde dann die Verhandlung infolge des Schwächezustandes des Angeklagten abgebrochen und auf Freitag vormittag verlegt.

Sozialdemokrat Braun gratuliert Grefemann

Wie der amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat Ministerpräsident Dr. Braun an den Reichsaußenminister Dr. Grefemann das folgende Glückwunschtelegramm gerichtet: „Zur Vollendung des 50. Lebensjahres übermittle ich Ihnen herzlich im Namen des Preussischen Staatsministeriums herzlichste Glückwünsche. Möge es Ihnen vergönnt sein, noch viele Jahre in bester Gesundheit auf Ihrem verantwortungsvollen Posten zum Wohle unseres Vaterlandes zu wirken und insbesondere Ihre auf die Verständigung der Völker gerichtete Friedenspolitik zu vollem Erfolge zu führen!“

Kommentar ist hier wohl überflüssig!

Die Wahlkampagne und die Wehrverbände

Der bisherige Verlauf der Wahlkampagne brachte für die Arbeitererschaft eine Reihe von wichtigen Lehren über das Verhalten der faschistischen Wehrverbände und des Reichsbanners Schwarz-Rot-Weiß mit sich. Wichtig sind diese Lehren hauptsächlich aus dem Grunde, weil sie nicht nur für die Zeit des Wahlkampfes, sondern darüber hinaus auch für die Zeit nach den Wahlen ihre Geltung behalten.

Planmäßige Überfälle der faschistischen Verbände auf KAV-Kameraden, Kommunisten und parteilose Arbeiter werden fast täglich aus allen Gegenden Deutschlands gemeldet. In Berlin, Hesse, Halle, Köln, Mainz und zahlreichen anderen Orten provozieren schwerbewaffnete Stahlhelm- und Halentreuzerverbände Zusammenstöße mit einzelnen unbewaffneten Arbeitern und gehen gegen diese mit äußerster Brutalität vor. Soweit es sich dabei um die Wiederholung der bisherigen Verbrechen, die Arbeiter durch Mord und Terror einzuschüchtern handelt, gilt es, aus diesen täglichen neuen Verbrechen der faschistischen Elemente nur die alte Lehre zu ziehen. Die Lehre, daß es ein verhängnisvoller Fehler wäre, in der Organisation der proletarischen Abwehr auch nur um einen geringen Grad, auch nur auf einen Augenblick nachzulassen.

Die letzten Monate, insbesondere aber die letzten Wochen vor und nach dem Rebellverbot haben aber eine wichtige neue Wendung in der Taktik der faschistischen Garden zum Ausdruck gebracht. Der Stahlhelm, der es früher nicht gewagt hat, sich in den Arbeiterbezirken der Industriegebiete zu zeigen, verlegt seine Kundgebungen in die proletarischen Stadtviertel von Berlin, Essen, Hamburg usw. und tritt unter dem Schutze sozialdemokratischer und sozialistischer Parteipräsidenten immer provozierender auf. Wenn aber die Arbeitererschaft die Anführer der Schwarzmäher nehmend empfängt, und diese statt der großschönig verkündeten „Eröberung“ der Arbeiterstädte mit Schimpf und Schande davonziehen müssen, dann hagelt es am nächsten Tage in der bürgerlichen und neuerdings auch in der sozialdemokratischen Presse von spaltenlangen Berichten über den Terror der Roten Hundertschaften usw.

Der Zweck dieser Provokationen ist ein dreifacher. Erstens gilt es, Rebell und den kommenden Innenminister des Reichskabinetts nach den Wahlen Material zu dem vom Staatsgerichtshof in Aussicht gestellten und von der Thüringer Regierung bereits angeordneten Verbot des KAV zu liefern. Zweitens müssen die faschistischen Garden ihre Existenzberechtigung vor der Bourgeoisie durch eine gesteigerte Aktivität beweisen. Drittens gilt es den politischen Niedergang der faschistischen Wehrverbände vor der Öffentlichkeit und vor der eigenen Mitgliedschaft

Unternehmer-treue Streikführung in der Gußstahlhütte

Der Betriebsratsvorsitzende und Streikleiter Bahig in der Gußstahlhütte hat es mit der Wiederaufnahme der Arbeit sehr eilig. Bereits für Dienstag den 8. Mai hatte er eine Belegschaftsversammlung anberaumt, die er glaubte, die Belegschaftsversammlung würde schon bis dahin ausgesprochen sein. Er legte dann die nächste Versammlung für Freitag fest. Die Belegschaft war unterrichtet, doch plötzlich wurde die Versammlung schon am Donnerstag vorverlegt. In dieser wurde nach einem Bericht von Bahig, sehr schön gegen Schlichtungsgemein Schlichtungs-diktatur und solche Taktik der Gewerkschaften diskutiert.

Bahig, der während der Ausarbeitung immer wieder versuchte, die von der Direktion angeforderten Kostensparmaßnahmen in Streiksituationen und Belegschaftsversammlungen durchzuführen, hatte sich endlich die Möglichkeit schon wenige Stunden nach der Belegschaftsversammlung die Anweisung zur Wiederaufnahme der Arbeit für Freitag und die nächsten Tage zu erteilen.

Die Katastrophe der betrieblichen Streikführung in der Gußstahlhütte ist recht daraus hervor, daß ganz am Schluss der Versammlung so nebenbei die Mittelung gemacht wurde, daß alle die Arbeiter, die sich zu Beginn der Ausarbeitung krank gemeldet haben, endgültig von der Direktion entlassen sind und der Einsatz des Betriebsrates abgelehnt wurde. Anstatt einen Beschluß in der Belegschaftsversammlung herbeizuführen die Arbeit nicht eher aufzunehmen, ehe nicht alle Kollegen wieder eingestellt werden, der auch noch weiteres angenommen worden wäre, organisiert Bahig, getreu den Wünschen der Direktion, die schnellste Wiederaufnahme der Arbeit.

Die Belegschaft der Gußstahlhütte tut gut, sich für die Zukunft ihre Streikführung näher anzusehen. Die Belegschaft, die den Kampf gegen die Unternehmung mit harter Entschlossenheit mehrmals geführt hat, muß dem Beispiel der Gußstahlhütte folgen und den Kampf um die Einstellung der Gewerkschaften fortsetzen.

Sartmann-Werke, Arsenal

Die Streikleitung hatte für Freitag morgens 10 Uhr eine Betriebsversammlung angesetzt, die zur Situation im Kampfe Stellung nehmen sollte. Die Direktion forderte am Donnerstag nach der Belegschaftsversammlung, daß die Belegschaft am Freitag früh 6.50 Uhr die Arbeit aufnehme. Der Vorsitzende der Streikleitung, Kollege Weber, der sich in den letzten Vertrauensleuteversammlungen nicht genug in „Radikalismus“ und Kommunismenheit tun konnte, setzte sich doch sofort mit der Betriebsleitung in Verbindung, mit der er sich einigte, ohne die Betriebsversammlung und ohne die Funktionärsversammlung die Kollegen, dem Wunsche der Direktion entsprechend, in die Betriebe zu treiben. Die Betriebsleitung erklärte, jeder spätere Eintritt in den Betrieb könne als eventuelle Kampfmäßigkeit von der Direktion angesehen werden. — Unter der Belegschaft ist große Erbitterung.

Thomas verherlicht die Faschisten

Rom, 11. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Albert Thomas, der Direktor des internationalen Arbeitsamtes, verheerlichte in einem Danktelegramm dem Unterstaatssekretär des Äußeren, er dränge von seinem väterlichen Blick die Gemühter einer lokalen und erproblichen Mitarbeit Italiens beim internationalen Arbeitsamt mit. Vor seiner Abreise von Rom hat er an Mussolini ein Telegramm gerichtet, in dem er für den in Italien geschehenen herzlichen Empfang dankt.

Die Note habe ich in der Lage, aus der Antwort des Albert Thomas auf die Begrüßungsansprache des Unterstaatssekretärs des faschistischen Gewerkschaftsministeriums folgendes wortlich wiedergeben: „Die Konzentration in Italien macht es zu einem Kampfer der Gerechtigkeit. Unser Wunsch nach internationaler Gerechtigkeit hat uns zur vollen Übereinstimmung mit den italienischen Vertretern gebracht. (Wem sind die Vertreter der italienischen faschistischen Gewerkschaften?) Die faschistische Regierung hat den Arbeitern nicht nur die Wohlfahrt gerechterer Formen sichern wollen. Ich werde aus euren Reden, aus euren Taten, aus euren Kundgebungen und auch aus euren juristischen und politischen Debatten Erfahrungen schöpfen, die auch zu mastieren. Für alle Fälle ist aber trotz der größten Unterdrückung zwischen den Faschisten von einst und dem Faschismus von jetzt keine Abwärtswendung, sondern eine Steigerung der terroristischen Taktik der weißen Garden zu erwarten.“

Das 4. Reichstreffen der Roten Front, das in erster Linie im Zeichen unseres Kampfes gegen den imperialistischen Krieg stehen wird, ist eine Kampfanlage auch an die Faschisten aller Schattierungen. Dem Geiste des verlegenen Reichsbanner-Faschismus stehen wir den Geist der proletarischen Wehrhaftigkeit entgegen. Dafür wird das Rote Reichstreffen sorgen, daß den faschistischen Terrorgarden ihr Nordhandwerk durch die Kraft des Proletariats belegt wird!



Taschen zu
wenn die SPD und die Bürgerlichen Parteien sammeln. Nur für den **Wahlfonds der KPD** geben!

Einzahlungen auf Postkontokonto Dresden 262 67 (Dito Gabel)

für andere Länder sehr nützlich werden sein können. Die beiden Herr Unterstaatssekretär, ihre Ansprache mit den Worten: „Wir euren Willen zur Zusammenarbeit für den sozialen Frieden in der Welt beschließen.“ Das ist unmissverständlich auch der Gedanke der euzigen Regierung. Mussolini hat das bestätigt, als er nur einige Tagen den Arbeitern erklärte, daß es für ihn nur eine einzige Leidenschaft gibt, den Arbeitern Arbeit zu sichern, ihren Wohlstand und ihre Moral zu heben.“

Besser kann man den Faschismus nicht verherrlichen. Der Vorstand des Internationalen Arbeitsamtes, einer der ersten Führer der Roten Front, erklärte, das Italien Mussolini sei der Herr der Gerechtigkeit. Das ist die Gewerkschaftsbureaupolitik, die in Sachen der Metallarbeiterstreik sehr abwügte, die den Unternehmern Freistellung leistet.

Gibt den Freunden der Faschisten am 20. Mai die Antwort, Wählt Liste 5, Kommunistische Partei.

Ablehnung des Schiedspruchs in Hannover

Hannover, 11. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Die Metallarbeiter lehnten gestern in einer Versammlung einstimmig den Schiedspruch ab. Die Unternehmung nahm ihn an und forderten seine Verbindlichterklärung. Heute vormittag fanden darüber im Reichsarbeitsministerium Verhandlungen statt.

Erhöhung der Eisenpreise

Düsseldorf, 11. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Der Stahlwerkverband gibt offiziell bekannt, daß mit sofortiger Wirkung die Preise für Halbzeug, Normeisen und Stabeisen je 4 Mark die Tonne, für Bandstahl je 6 Mark die Tonne und für Draht- und Gelbleiste je 7 Mark die Tonne erhöht werden.

Die Unternehmer vollziehen mit dieser Preiserhöhung einen ähnlichen Gegenangriff, der wieder zur Senkung der Realloöhne führen wird.

Der Bauernaufstand in Rumänien

Bukarest, 11. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Bei der Rückkehr perischerer Führer der nationalen Bauernpartei nach Bukarest wurden ihre Automobile von Gen darmen angehalten und beschlagnahmt. Ein Redakteur wurde verwundet.

Verhaftung von Auslandskorrespondenten

Berlin, 11. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Der Belgrader Korrespondent der Bosphöischen Zeitung wurde in Bukarest gefangen gehalten, ebenso wurde der Korrespondent der Petit Parisien verhaftet. Der Bukarester Korrespondent der Bosphöischen Zeitung wurde gestern zum zweiten Male verhaftet. Diese Verhaftungen sind der rumänischen Regierung ein weit ihre wachsende Nervosität gegenüber dem Aufstand der Bauernmassen, wenn auch die Führer der Bauernpartei die Bauern im Stich gelassen haben.

Rumänische Bauern verlangen ihre Gemeindegewalten

Bukarest, 10. Mai. (Telanion.) Das regierungsfreundliche Blatt „Univeral“ bringt eine Nachricht aus Bihor, wonach es dort zu Ruheörungen gekommen ist. Die aus Alba Julia lebenden Bauern wollten den liberalen Gemeindegewalten verweigern. In einigen Dörfern ist es ihnen gelungen, die Regierungsanhänger aus ihren Ämtern zu verjagen. Die Polizei hat erst um 1 Uhr nachts die Ruhe wieder herstellen können.



England sendet Kriegsschiffe nach China

London, 11. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Im Unterhaus teilte Chamberlain mit, daß England Kriegsschiffe nach China entsandte. Nach einer Meldung aus Tokio beabsichtigt die japanische Regierung, die Großmächte zu er suchen an den politischen Operationen in der Provinz Schantung teilzunehmen. Sie stützen sich dabei auf den Viermächtevertrag von Washington.

Weitere sinesisch-japanische Zusammenstöße

Schanghai, 11. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Infolge der Verlegung der Chinesen gegen Japan kam es zu Schieberen zwischen sinesischen und japanischen Soldaten. Der Petit Bleu schreibt, daß Japan in China die Justifikation gegen den Bolschewismus verteidigt. Die Barbarei sei in China schon weit vorgeschritten. Das müßte ein Ende nehmen. China ist wichtiger Anziehungspunkt für die sinnlierte Welt geworden. Europa habe die Pflicht, Japan zu unterstützen.

Die Japaner in Kiangnan

London, 11. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Wie aus Nanking gemeldet wird, ist gestern Kiangnan drei Stunden lang von japanischer Artillerie beschossen worden. 500 Menschen sollen dabei umgekommen sein. Eine Meldung aus Tokio bringt, daß ein Teil der sinesischen Truppen den gelben Fluß überdritten hat, um den sich zurückziehenden Kiangnan-Truppen nachzusetzen. Die Offensive der Japaner an der Schantung-Eisenbahn hat zu einem erbitterten Kampf der vordringenden Japaner mit sinesischen Truppen geführt. Wie aus Peking gemeldet wird, ist in Kiangnan auf der Festung die japanische Klänge nicht worden.

Richtigstellung: Clemens Müller; In dem Bericht am Mittwoch muß es heißen: Kollege Gaa widerlegte (nicht wiederholte) in längeren usw.

Heraus zur Wahlkundgebung des RFB!

Sonnabend, den 12. Mai 1928, 19.30 Uhr, Weißeritzstraße, Markthalle, / Es spricht Der Bundessekretär und Reichstagskandidat **Hans Sawadzki, Berlin**

Ein Offener Brief an Erich Zeigner!

Dem Verteidiger der Sememörderführer

Herr Erich Zeigner, Ministerpräsident a. D.

Sie teilen augenblicklich durch Offiziale und halten Propagandareisen für die Sozialdemokratische Partei. Nun, über Charakter und Einstellung läßt sich leicht streiten. Aber es muß doch vor der breiten Öffentlichkeit des Reichstages, das Sie jetzt wieder für die Partei des Arbeiterverrats einstehen wollen, festgestellt werden, welche schändliche Rolle Sie übernommen haben, welche wir hier keineswegs besonders auszusagen gedenken, hat zwar Ihrem Namen etwas Abdruck getan, aber dennoch tritt bei den Arbeitern, wenn sie Ihren Namen hören, die Erinnerung an eine revolutionäre Zeit hervor, an eine Zeit, wo die Arbeiter im Kampfe, und zwar im außerparlamentarischen Kampfe, gegen die Ausbeuter und ihren Staat standen, wo die Arbeiter der SPD eine Einheitsfront mit den kommunistischen Arbeitern machten.

Die Arbeiter erinnern sich an Ihre Auseinandersetzungen mit dem Reichswehrminister, die von den Arbeitern durchaus ernst genommen wurden, ernst als die Verleumdung von Ihnen, Herr Zeigner, selber. Die Arbeiter dachten auch nicht an nur parlamentarische Aktionen.

Herr Erich Zeigner, erinnern Sie sich daran, was Sie damals über Ihre Parteiführer sagten? Erinnern Sie sich daran, daß Sie von vielen Instanzen verraten wurden, daß viele nicht einmal den parlamentarischen Angriff gegen Sie unterstützten? Damals kamen Sie von Berlin und erklärten: Ihre gesamte Führerschaft in Berlin sei eine korruptierte Bande.

Nun, inzwischen hat die Öffentlichkeit erfahren, wie diese Korruption aussah. Das Hauptbestreben geht nach Ministerstellen, nicht nach Hilfe für das Proletariat. Inzwischen hat die gesamte Arbeiterklasse erfahren können, daß Gelder von Erdmann, Barnat und Scharf, Helfer des Geheimdienstes, goldene Zigarettenetuis und Luftschloßspecken die Führer, deren Korruption Sie, Herr Zeigner, damals schon kannten, an die Feinde des Proletariats gebunden hatten.

Herr Erich Zeigner, Ihre Regierung wurde damals durch die Reichswehr auseinandergerissen. Sie wählten, daß Ihre Parteiführer den Einmarsch nach Sachsen leiteten. Heute sind durch die Ausführungen Stresemanns auf dem Parteitag der Vollpartei die Arbeiter ebenfalls über die Schandtaten Ihrer Führer unterrichtet. Stresemann erklärte am 30. März 1924:

„Wenn wir in Sachsen und Thüringen einmarschieren ohne Einverständnis, dann vielleicht doch deshalb, weil die Sozialdemokratie für den Einmarsch mit gemeinen und unehrlichen Mitteln, die kommunistischen allein gegenüberstehen und nicht ironischer protestantischer Einheitsfront, die damals leicht hätte aufzulösen können. Wenn weiter auf einem anderen Gebiete, wo wir Deutschen einem Blatte (dem Kronprinzen) eine Heimstätte gewähren, der vom Feinde herbeiführt war, wenn das mit Zustimmung der Sozialdemokratie geschah, dann war dem Geheimgeheimnis ein ganz anderer Emotionalismus als wenn er von einer Parteiführerschaft herbeigeführt worden wäre. Alle diese Dinge haben wir in dieser Zeit mit der Sozialdemokratie bewirkt, gegen starke Strömungen in ihrem eigenen Lager.“

Herr Erich Zeigner, Sie erklärten damals, den Kampf gegen die Schwarze Reichswehr zu führen, jetzt wissen Sie wie die gesamte Arbeiterklasse durch den Stettiner Prozeß, daß Ihre Führer die Verantwortlichen für die Sememörder waren. Vielleicht wußten Sie das auch schon 1923?

Herr Erich Zeigner, Sie führten Ihren Prozeß um eine glückliche Gans, anstatt den Prozeß politisch zu führen. Bitte lesen Sie aus den politischen Rücksichten gegen die Gesellschaft der SPD-Führer die Abkühlung des Prozeßes auf die Gans zu. Sie ließen sich vom Normalschicksal beschützen und belauschen.

Jetzt aber gehen Sie hinaus und führen die agitation für die von Ihnen selbst als korrupte Gesellschaft bezeichneten Führer der SPD!

Herr Erich Zeigner, Sie reden dabei den Arbeitern wider besseres Wissen vor die SPD sei die Partei des Proletariats. Sie brauchen damit einen bewußten Beitrag an der Arbeiterklasse. Sie unterstützen die Arrangements des Reichswehreinmarsches nach Sachsen. Sie unterstützen die Schläge und Kommandeure der Sememörder.

Herr Erich Zeigner, von all den schändlichen Rollen, die in Sachsen die Frau, Edel, Richmann Böchel und andere übernahmen, beführten Sie die schändlichste.

Da Sie glauben die Arbeiter einmal, Ihr Prozeß, den Sie so schändlich führten, wurde von den Arbeitern als ein Angriff der Reaktion betrachtet. Sie mißbrauchten die Arbeiter. Sie ließen die Arbeiter Renegaten aus, indem Sie sich um Propagandareisen für die Renegaten, die Paragrafenfreunde, die mit dem Geld von Erdmann gekauften Subjekte, machten.

Damit aber, Herr Erich Zeigner, sind Sie in den Augen aller ehrlichen Arbeiter unter die Rolle der Wels und Heilmann herabgefallen.

Kein Arbeiter wird Sie ernst nehmen, mit Verachtung werden sich die ehrlichen Arbeiter von Ihnen abwenden. Auch Ihr arbeiterverräterisches Verhalten wird der SPD keinen Gewinn bringen. Die Rolle Ihrer Partei wird in immer breiterem Maße erkannt.

Ihnen gegenüber aber, Herr Zeigner, muß man vor der gesamten deutschen Arbeiterklasse Ihre wirkliche Rolle feststellen. Man muß feststellen, daß Sie schlimmer als die anderen bewährten Verräter an der Arbeiterklasse aus Ihrer Partei das Proletariat betrogen. Sie ließen der Reaktion eben deswegen, weil Ihr Name einmal bei den Arbeitern einen guten Klang hatte, die gefährlichsten Hilfsdienste.

Ihr Weg zeigt den Tiefstand Ihrer ganzen Partei.

Prozessen helfen wir den Arbeitern, die Rolle Ihrer Partei, aber auch Ihre Rolle zu erkennen. Und die Arbeiter erkennen, daß die einzige Partei des Klassenkampfes die kommunistische Partei ist.

Wir fordern die Arbeiter auf, mit der kommunistischen Partei zu kämpfen.

auf dem Wahlfeld der SPD zu zeichnen, am 20. Mai Liste 5 zu wählen.

Rudolf Renner, W. d. L.

Wie die NSDAP-Führer die Revolution anfaßten

Hilferei Leipzig in Leipzig 1. Mai-Artikel 1924. Er schreibt:

„Ich fand am Morgen des 18. November 1918 alle Völkchen bereit, ich ging daher wieder nach Hause und arbeitete im kleinen Kämmerlein den Entwurf zur Zentralarbeitsgemeinschaft aus.“

Der Exekutivrat der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie schreibt hierüber:

„Es kam darauf an: Wie kann man der drohenden Revolution über alle Wirtschaftswesen hinwegziehenden Sozialisierung... und der nahenden Revolution bewahren? Auf das Bürgerrecht ist... leider kein Verlaß. Einen überausgehenden Einfluß haben nur die organisierte Arbeiterklasse zu haben. Darum sah man den Schluß, Kammer der allgemeinen großen Unklarheit, anstatt der monotonen Macht des Staates und der Regierung, gibt es für die Industrie nur auf Seiten der Arbeiterklasse harte Vorgesetzten, das sind die Gewerkschaften.“

Am 13. und 14. Mai

Urwahl der Delegierten zum Verbandstag des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands

Am kommenden Sonntag und Montag finden die Urwahlen der Delegierten zum Verbandstag des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands statt. Durch ein Wahlreglement, das einem Auswahngesetz gegen die Opposition gleichkommt, hat die reformistische Gewerkschaftsbewegung alles getan, um diesem Verbandstag eine ihm günstige Mehrheit zu verschaffen. Trotzdem der Mitgliederwille in Tausenden von Urwahlen niedergelegt wurde, fanden sie keine Annahme in vorbereiteten Instanzen. Auch die Wahl der Delegiertenkandidaten und die Aufstellung auf den Stimmzetteln wurden in einer engen Kollaboration dem Bezirksvorstand gelöst.

Allein acht Gewerkschaftsangehörige erschienen auf dem Stimmzettel.

20 Delegierte sind zu wählen. Unsere Aufgabe ist es nun, von den 40 aufgestellten Kandidaten diejenigen Kollegen zu wählen, die auf Grund der vom Hauptvorstand festgesetzten Lohn- und Arbeitszeitpolitik auf dem Verbandstag mit aller Klarheit dem Hauptvorstand gegenüber die Meinung und den Willen der Mitglieder zum Ausdruck bringen.

Dieser Wille der Mitglieder ist unbedingte Abkehr von dieser reformistischen Gewerkschaftspolitik.

Der uns vorgelegte Stimmzettel enthält nur wenige Kollegen, die die Gewähr bieten, daß sie dem obengeschilderten Mitgliederwille Rechnung tragen würden. Wir wünschen aber, daß ein Teil in klarer Opposition zum Verbandspolitik steht und Angehörige der unteren Lohn- und Gehaltsgruppen sind, die die Not an eigenen Leibe spüren. Diese zu wählen, ist die Aufgabe aller oppositionellen Eisenbahner.

Wir erziehen alle Kollegen, den unten angeführten Kandidaten die Stimme zu geben, alle anderen aber zu streichen:

- Nr. 6 Koch, Kurt (Freital)
- Nr. 10 Seidenberg, Paul (Bischofswerda)
- Nr. 13 Watzinger, Domin (Birma)
- Nr. 19 Grottel, Wilhelm (Bodenbach)
- Nr. 25 Wäger, Otto (Leipzig)
- Nr. 26 Jennis, Karl (Hofen)
- Nr. 29 Genisch, Walter (Göhnh i. Th.)

Die Opposition im Ede.

SPD-Lügen über den Frankfurter Straßenbahnerstreit

Um sozialdemokratische Verbrechen zu verheimlichen

Im Kampf der Straßenbahner Frankfurts a. M. hat die Leitung des Deutschen Verkehrsverbandes mit dem Magistrat eine ganz ungenügende Vereinbarung abgeschlossen und den Streit als beendet erklärt.

Doch schon ehe diese Vereinbarung abgeschlossen wurde, hat der sozialdemokratische Parteitag wieder einmal frische Lügen über die Stellungnahme eines Frankfurter kommunistischen Magistratsmitgliedes verbreitet. In dieser Hinsicht der SPD also:

Die hürgerliche Magistratsmitglieder lehnen den von der gewerkschaftlichen Organisation unterbreiteten Vorschlag ab, und zwar mit einer einzigen Stimme Majorität gegen die sozialdemokratischen Magistratsmitglieder. Diese eine Stimme Mehrheit war aber nur dadurch zu erzielen, daß das kommunistische Magistratsmitglied Krambeller sich der Stimme enthielt und so den Bürgerlichen zum Erfolge verhalfen hat.

Hätte Krambeller mit den sozialdemokratischen Magistratsmitgliedern im Sinne der Streikenden gestimmt (es handelte sich um den von der gewerkschaftlichen Organisation gemachten Vorschlag), so wäre der Erfolg der sozialdemokratischen Vorstehenden zugunsten der Einigung ausgefallen. Die Forderungen der Streikenden wäre erfüllt und der Streit mit einem solchen Siege der Arbeiter zu Ende gewesen!

Alles das ist von Nr. 3 erlogen. Was ist die Wahrheit?

Das örtliche Tarifschiedsgericht hat für die Straßenbahner einen Schiedsspruch gefällt. Den viele trotz seiner Unzulänglichkeit annahmen. Ausdrucksweise dafür war die Tatsache, daß die Straßenbahner ein Monatslohn bekommen sollten und daß der Rest der Straßenbahner mit monatlicher Gehaltszahlung erweitert wurde, was einen Schritt zur Überführung des Personals ins Angestelltenverhältnis bedeutet.

Der Magistrat Frankfurts a. M. lehnte jedoch den örtlichen Schiedsspruch ab und appellierte an das Reichsschiedsgericht in Berlin. Dieses hätte einen Spruch, der die Lohnulage um einen Fünftel fürte, das Monatslohn für die Ausbeutung der monatlich Bezahlten verweigerte. Daraufhin traten die Straßenbahner am 1. Mai in den Streit, sie kämpften um Wiederherstellung des örtlichen Schiedsspruches.

Am 3. Mai nahm der Frankfurter Magistrat zu der Lage Stellung. Das einzige kommunistische Magistratsmitglied Krambeller stellte folgenden Antrag:

„Der Magistrat gibt dem Frankfurter Schiedsspruch seine Zustimmung.“

Dieser Antrag wurde abgelehnt, wobei eine Anzahl sozialdemokratischer Magistratsmitglieder dagegen stimmten. Hätten alle sozialdemokratischen Magistratsmitglieder dafür gestimmt und hätte der sozialdemokratische Parteitag die Zustimmung des Stimmzettel gegeben, so wäre der Antrag angenommen worden. Aber nur die Sozialdemokraten stimmten dafür. Nun hatte die SPD folgenden unehrlichen Antrag gestellt:

„Der Magistrat ist bereit, wenn um 2 Uhr der Streit abgebrochen wird — den Streikenden 1 M. zu bewilligen. Ueber alle anderen Forderungen und Fragen wird nach Abschluß des Streikes verhandelt.“

Es ist selbstverständlich, daß der Kommunismus im Magistrat nicht für diesen Antrag stimmte, der ein unerschütterliches Ultimatum an die Streikenden war. Frech erlogen ist die Behauptung des sozialdemokratischen Pressebüros, daß bei einer Annahme dieses Antrages die Forderungen der Streikenden erfüllt worden wären. Unwahr ist auch, daß der SPD-Antrag gleichbedeutend war mit der Forderung des Deutschen Verkehrsverbandes, der selbstverständlich damals die übrigen Forderungen der Streikenden noch nicht lassen gelassen hätte. Eine Streikversammlung, die

nach der Magistratsführung stattfand, lehnte es ausdrücklich ab, auf die bloße Versprechung hin, daß der Magistrat verhandeln wolle, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Bei den Verhandlungen im Berliner Reichsarbeitsministerium hat die Leitung des Deutschen Verkehrsverbandes die Vereinbarung abgeschlossen, nach der wohl der eine Fünftel monatlich, das Monatslohn und die monatliche Bezahlung jedoch verweigert wird. Das bedeutet natürlich einen Akt trassen Vertates, denn bei Fortsetzung des Kampfes wäre es möglich gewesen, die Arbeitergruppen der Streikenden durchzuführen.

Die SPD hatte es so eilig, über den Frankfurter Streit Lügen zu verbreiten, weil sie ihre eigenen Verbrechen verbergen möchte. Die sozialdemokratische Stadtratsfraktion hat sich ausdrücklich geweigert, dem Magistrat das Mittrauen auszusprechen, und die Einstellung der Streikdraktionen zu fördern. Der sozialdemokratische Parteipräsident Zimmermann hat einer großen Anzahl von Kraftfahrern die Erlaubnis zur Verhandlungsbereitung während der Streikzeit erteilt.

Mit Hilfe des Schlichtungswesens und weil ihnen sozialdemokratische Führer in den Rücken fielen, sind also die Frankfurter Straßenbahner betrogen worden.

Die SPD erledigt ihre eigenen Lügen

Gegenüber den Lügen der SPD wollen wir nur einige Stellen aus dem Bericht der sozialdemokratischen Frankfurter Volksstimme über die betreffende Straßenbahnerverhandlung zitiieren. Die Heberichts lautet: „Eine stürmische Versammlung.“ Im Bericht heißt es zunächst über die Rede des sozialdemokratischen Gewerkschaftsführers Vergens wörtlich:

„So habe man schließlich der Vereinbarung zugestimmt, an der nun nichts mehr abgeändert werden könne (Großer Vörm und Futrafe.) Die Vereinbarung, das müßte objektiv anerkannt werden, habe ich dem Frankfurter Schiedsspruch um ein gewaltiges Stück genähert. (Die Karl von berufenden Kommunisten zusammengeleitete Versammlung unterbricht diese Ausführungen mit tosendem Beifall, der den Redner lange Zeit am Weiterreden hindert.) Deshalb müßte nach der Vereinbarung der Straßenbahnerstreit noch nachmittags wieder aufgenommen werden. (Vanter Widerspruch und Huzul.)

Genosse Vorch gab nunmehr bekannt, daß die Arbeiter nun auf den einzelnen Betriebsbahnhöfen erfolgen solle, da man sie in der Versammlung, die mit Verstoßenden durchgehe, nicht vornehmen könne. Trotzdem fordert ein Kommunist, gegen seiner Parteipolitik, die Ablehnung der Vereinbarung und Fortsetzung des Streiks durch die Organisation, auch nach erfolgter Verbindlichkeitserklärung. Nach weiteres, oft von klärenden Zwischenrufen unterbrochener Diskussion schloß die Versammlung mit der Aufforderung des Vorsitzenden, um 7 Uhr abends den Betrieb wieder aufzunehmen.“

Dieser SPD-Bericht erledigt die frischen Lügen der übrigen SPD-Presse. Die Straßenbahner haben der schändlichen Vereinbarung nicht zugestimmt, die Führer des Deutschen Verkehrsverbandes haben einfach den Streit als beendet erklärt und es ist ihnen noch gelungen, loszuwerden zu helfen, daß ein geschlossenes Weiterkämpfen unmöglich wurde.

Nachdem die Behauptung von „berufenden“ Elementen in der Versammlung. Wer die strengen gewerkschaftliche Kontrolle kennt, weiß, daß es für Berufstrenne gar nicht möglich ist, in eine solche Versammlung zu kommen.

Tatsache ist es, daß auch dieser Kampf der Frankfurter Straßenbahner von sozialdemokratischen Führern zu einer Niederlage gemacht und abgewürgt wurde.

5 Millionen

statt 250 000 Mark

forderten die Kommunisten im Reichstage bei den Etatberatungen

für Schulfreien und Volksbildung

Diese kulturell selbstverständliche Forderung wurde mit Rücksicht auf „wichtigere“ Ausgaben, wie neue Polizei- und Reichswehrvergrößerung von den Wirgefeierten und von den Sozialdemokraten abgelehnt!

Alle ehrlichen Freunde des Kulturfortschrittes und der Volksbildung antworten darauf am 20. Mai mit der Wahl der

Liste 5, Kommunistische Partei!

Der werktätige Mittelstand wählt

Liste 5

Geschäftsleute Händler Kleingewerbetreibende Handwerker! Denkt einmal nach!

Es kann kein Vorwurf sein gegen die Angehörigen der städtischen Mittelschichten, daß sie in Kriegszeit, Revolutionstagen, Inflationsjahren und Stabilisierungskrisen politisch geschwankt haben. Millionen, die 1914 noch laizistisch waren, stimmten 1919 sozialdemokratisch, gingen 1923 zu den Völkischen und stimmten Ende 1924 für die Deutschnationalen, um dann 1925 den Reiter Hinderburg auf den Thron zu erheben.

Die städtischen gewerblichen Mittelschichten, einschließlich der Angestellten und der unteren Beamten, hatten das größte Maß an der Widerprüfe der Inflation und der nachfolgenden wirtschaftlichen und steuerlichen Entwicklung durchzustehen. Millionen von ihnen wurden aus sogenannten geordneten Verhältnissen, die ihnen eine leidliche Existenz gaben, durch die großkapitalistische Gewaltpolitik heruntergestoßen in die tiefste Not, in das tiefste Hoffnungslosste Elend.

Bereit, sich an jede Hoffnung zu klammern, wurden diese Millionen unaufgeklärter werktätiger Männer und Frauen die Opfer einer gewissenlosen, betrügerischen Agitation. Die Regierungssocialisten versprachen ihnen nach dem Zusammenbruch der Monarchie den Sozialismus als eine bessere Weltordnung. Deutsche Demokraten und Regierungssocialisten versprachen ihnen Rettung in der sozialen Republik. Aber obwohl damals diese Parteien durch die Stimmen der städtischen Mittelschichten zur Mehrheit gelangten, wurde weder der neue Glaube an den Sozialismus erfüllt, noch die soziale Republik verwirklicht. Es kam im Gegenteil auf ihre Kosten, zum Zweck ihrer Vernichtung und ihrer Verelendung die Inflation, es kam die Zeit der Kaffees und der Stinnes.

Nachdem im Oktober 1923 der Versuch der Kommunisten, die halbe Revolution zur ganzen zu machen und doch zum sozialistischen Aufbau zu kommen, durch den offenen Verrat der sozialdemokratischen Führer zum Scheitern gebracht wurde, da kam entsprechend dem Schrei der Völkischen die Militärdiktatur, die Zeit der Ermächtigungsgesetze mit den grausamen Steuernotverordnungen, es kam der Dawes-Plan mit der ungeheuerlichen Milliardenverschuldung des deutschen Volkes an das Ausland, es kam die sogenannte Stabilisierung, durchgeführt durch eine deutsche nationale Regierung.

Diese Regierung mit ihrem Reiter Hinderburg hatte durch die tollsten Versprechungen Millionen Wähler aus den schwachen Mittelschichten hinter sich gebracht. Heute sollen sich diese Wähler und alle, die ihnen nahe stehen, gewissenhaft darüber Rechenschaft geben, ob auch nur eine der Versprechungen von 1924-25 gehalten wurde. — Jeder wird mit: Nein antworten müssen!

Es kam unter deutschnationaler Führung in der Hinderburg-Zeit der ungeheuerliche Milliardenbetrug an den Inflationsopfern, den man Aufwertung nannte.

Es kam der Milliardensteuerraubzug, der die Besitzenden schamlos begünstigte und alle Kräfte den Werkstätten ansetzte. Es kam der Zollwucher mit seinem Zolltarif von 945 Positionen, der alles Lebensnotwendige verteuert, die Hauptlast auf den dauernd steigenden Preisen der letzten Jahre trägt.

Es kam der schamlose Finanzwucher des deutschen Großkapitals, genau so begünstigt durch den deutschnationalen Reichsfinanzminister von Schlieffen, wie durch seinen demokratischen Nachfolger, den Herrn Dr. Reinhold.

Es kam die von der Stinnes-Stresemann-Partei und den Demokraten gewünschte „Reinigungskriege“, die Zehntausende von Mittelständlern zur Pleite trieb.

Es kam die Gewerbesteuererhöhung, die Erhöhung der Porto-, Telegramm- und Fernspreckgebühren, die Steigerung aller kommunalen Verkehrstarife, wobei Deutschnationale und Sozialdemokraten abwechselnd die Führung übernahmen.

Es kamen die wiederholten ungeheuerlichen Mietpreisteigerungen und die Freigabe des Mietwuchers für Gewerberäume, was die härteste Verteuerungsmassnahme unseres Lebensunterhalts in den letzten Jahren bedeutete, wobei wiederum Deutschnationale und Sozialdemokraten, verbunden mit dem Zentrum, sich gegenseitig in die Hände arbeiteten.

Das ist eine Reihe der Enttäuschungen, die alle Kleingewerbetreibenden und Werkstätten durch den letzten Reichstag und Landtag heuchelt bekamen. Das sind die Ergebnisse der Bürgerblodpolitik im Reich, in Bayern und Württemberg, der Koalitionspolitik in Preußen und den anderen Ländern. Wo es die Parteien wechselte, mochten auf den Ministerjesseln Deutschnationale, Volksparteier, Demokraten oder Sozialdemokraten sitzen, mochten sie noch so oft ihre Köpfe verkaufen, immer blieb der Verrat, der Betrug an den Werkstätten.

Und noch eins war immer da! Das ist die Zentrumspartei, die in dem ganzen Jahrzehnt der Ausplünderung und Enttäuschung bei allen Regierungen, bei allen Schandstreichen gegen die Werkstätten stets die Hand mit im Spiele hatte, stets mit in der Führung lag.

Und die Wirtschaftspartei, die war auch immer dabei. Reichtums solange sie existiert. Draußen im Lande begann sie als Oppositionsgruppe, die gegen sozialistische Experimente und großkapitalistische Ueberwucherung in Wirtschaft und Politik kämpfen wollte. Mit den sozialistischen Experimenten drauchten sich die Herren Wirtschaftsparteier dank den völligen Verzicht der Sozialdemokratie auf jede wirkliche sozialistische Forderung bekanntlich nicht zu beschäftigen. Mit der Redensart vom Kampf gegen die sozialistischen Experimente und Kampf gegen den Marxismus wollten die Führer der Wirtschaftspartei die werktätigen Mittelschichten in Wirklichkeit auch nur gegen die einzigen radikalen Sozialisten, die Kommunisten, mobil machen. Der Rinderstreck vom Leiten, das die Kommunisten angeblich durchzuführen wollten, von der Kommunistierung der Frauen und von der angeblichen Wilsch, den Bauern die letzte Kuh aus dem Stall zu holen, sowie das Kleingewerbe durch Sozialisierung zu vernichten,

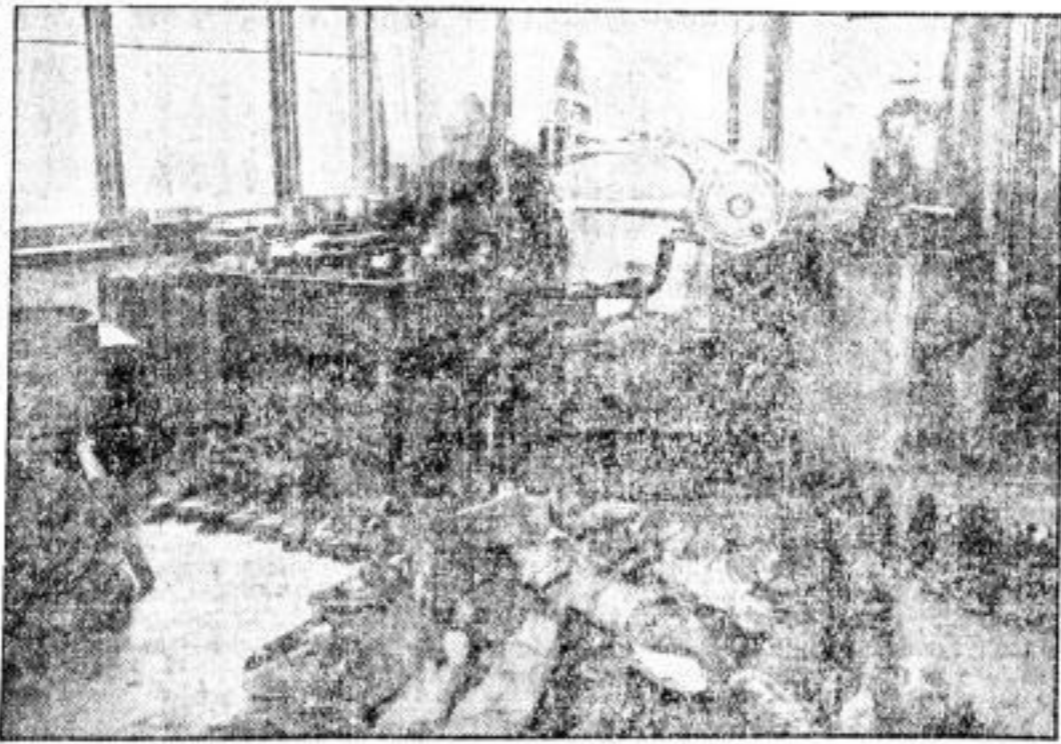
all dieser Schwindel mußte für die Tötung der Wirtschaftsparteier herhalten. Und was geschah dann?

Die Wirtschaftspartei unterstützte die erste großkapitalistische Bürgerblodregierung. Sie gehörte oben zur zweiten großkapitalistischen Regierung Marx-Reinhold-Stresemann. Auch die heutige Bürgerblodregierung zählt auf die Unterstützung der Wirtschaftspartei. Wie hat diese Partei einen Mißtrauensantrag gegen die großkapitalistische Bürgerblodregierung oder auch nur gegen einen ihrer Ausbeuter-Minister abgelehnt? Unter der Herrschaft dieser Bürgerblodpolitik wurde aber tatsächlich zahlreich Bauern die letzte Kuh aus dem Stall geholt, wurde tatsächlich die Existenz von Hunderttausenden kleiner Gewerbetreibender vernichtet, um die Trulls und Kaugerne zu stärken. Tatsächlich wurde unter der Bürgerblod- und Koalitionsherrschaft betari geteilt, daß die Belohnung der werktätigen Bevölkerung insgesamt in Reich, Ländern und Gemeinden durch die Verbrauchs-, Verbrauchs-, die Lohn- und Reichtumern soll 12 Milliarden Goldmark im Jahr betragen, während die Behörden — wie es Bürgerblodführer je zu sagen — im ganzen nur 2 1/2 Milliarden durch Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftsteuern aufzubringen haben. Tatsächlich wurden unter Führung der Wirtschaftspartei Zehntausende Gewerbetreibender durch die hitzigen Verordnungen und ähnliche Verordnungen anderer Völkischer Regierungen aus ihren Werkstätten und Geschäften verjagt, nur um neue großkapitalistische Profitmöglichkeiten zu schaffen. Tatsächlich hat die Wirtschaftspartei, die gegen sozialistische Experimente ist und doch den Mittelstand angeblich retten wollte, die kommunistischen Verträge auf billige Kredite für Klein-gewerbetreibende mit der Bemerkung, daß denen „ja doch nicht zu helfen ist“, jählich abgelehnt, um dann ihren eigenen preislichen Antrag auf Kredite gerade nur für größere Betriebe durchzuführen.

Wer half dem Kleingewerbe?

Die Kommunisten haben immer, ohne jede Rücksicht auf die Schwankungen in den städtischen Mittelschichten, die uns durchaus bekannt sind, die Interessen der werktätigen Kleingewerbetreibenden vorbehaltlos vertreten. Die Kommunisten haben immer in den werktätigen Mittelschichten eine der Arbeiterklasse verwandte Bevölkerungsgruppe, die auch gewonnen ist, sich durch ihrer eigenen Hände Arbeit ihren bescheidenen Unterhalt zu verdienen. Die Kommunisten wissen, daß diese werktätigen Schichten mit zu den Vorkämpfern in der kapitalistischen Republik gehören, daß die Kleingewerbetreibenden oft in überlanger Arbeitszeit ein kümmerliches Dasein führen.

Die statistische Feststellung, daß es in Deutschland über 2 Millionen selbständiger Existenzen gibt, die nur bis 1500 Mark Jahreseinkommen verdienen, gibt der Auffassung der KPD über den vorwiegend proletarischen Charakter der werktätigen Mittelschichten und ihrer Angehörigen vollkommen recht. Es gibt weiterhin nur noch 1/3 Millionen selbständiger Existenzen, die ein Einkommen von 1500—3000 Mark jährlich verdienen. Dann folgen 345 000 mit einem Einkommen von 3000—5000 Mark im Jahr, die man — abgesehen von einigen Intellektuellen — aber kaum noch in nennenswerter Weise zu den Werkstätten rechnen kann. Für die unteren 3 Millionen der selbständigen Existenzen der werktätigen Mittelschichten mit einem Einkommen von unter 3000 Mark ist die kommunistische Partei immer wieder durch zahlreiche Anträge in Reichs- und Länderparlamenten eingetreten. Aus der



Fülle dieser Anträge sei hier nur eine gedrängte Uebersicht wieder gegeben. Die Parlamentsfraktionen der KPD, haben beantragt: **Bereitstellung von öffentlichen Krediten für das Kleingewerbe.** Daraus sollen Beträge bis zu 5000 Mark an den einzelnen Gewerbetreibenden zum niedrigsten Zinseszins langfristig ausgeteilt werden. **Ablösung aller unter ungunstigen Bedingungen aufgenommenen Darlehen mit Hilfe öffentlicher Mittel zu niedrigstem Zinseszins.** Auszahlung solcher Darlehen zum vollen Nennwert. **Wiedereinführung des gesetzlichen Zinseszins gegen den Zinswucher.** **Kontrolle der Verteilung der öffentlichen Kredite und Darlehen durch gewählte Kommissionen der Kleingewerbetreibenden.** **Freilassung des Kleingewerbes von amtlichen Gebühren bei Beschaffung von Unterlagen für Darlehen, bei Einholung von Auskünften, Einreichung von Bescheiden, Eintragungen und Leistungen im Grundbuch, sowie Befreiung der Ehegebühren.** **Niederlegung aller Steuerrückstände und der gestundeten Steuerbeträge für das Kleingewerbe.** Heranziehung der Kleingewerbetreibenden zu den Steuerkommissionen, Grundwertauschüssen und dergleichen. **Sofortiges Verbot aller Pfändungen und Zwangsvollstreckungen**

an Inventar und Hauseigentum der in Not geratenen Kleingewerbetreibenden, insbesonders bei Verlust von Steuerpapiere, bei Unfähigkeit zur Zahlung von Hypothekenzinsen, Wechseln, Schecks, etc. **Verbot der Zwangsversteigerung unter weitestgehender Berücksichtigung der geringeren Leistungsfähigkeit des Kleingewerblichen Schuldners herbeizuführen.**

Strenge Befolgung der verantwortlichen leitenden Beamten bei gleichzeitiger Herabsetzung von Inventarwerten, die zur unverständlichen Weiterführung des Gewerbebetriebes notwendig sind.

Unterbindung der Kreditattribution der Sparkassen und Trulls durch die Kontrolle ihrer Preisbildung durch die Betriebs-



räte und Gewerkschaften unter Hinzuziehung von Vertretern des Kleingewerbes und der Kommunevereine. **Verbot des sogenannten Preiswuchers mit Handelsgarantien, Ausdehnung des Verbotes auf den Verbot von Konventionstarifen gegen Kleinhandel bei Zubehörung von Preisbestimmungen der Fabrikanten, der Großhändler und ihrer Organisationen.** **Förderung des genossenschaftlichen Zusammenstufes der Kleingewerbetreibenden für die Zwecke des gemeinsamen Einkaufs und des gemeinsamen Widerstandes gegen die großkapitalistische Kredit- und Kreditattribution. Unterstützung solcher Kleingewerblicher Genossenschaften durch staatliche Kredite.**

Diese immer wieder von den kommunistischen Fraktionen in Ausschüssen und Vollkammern der Parlamente gestellten Anträge zeugen von der einseitigen Beschäftigung der kommunistischen Abgeordneten mit den Lebensinteressen des Kleingewerbes. Keine einzige der anderen Parteien hat auch nur entfernt in solch gründlicher Spezialtiefer Weise sich der Not des Kleingewerbes angenommen. Alle Parteien haben bei einer Zusammenfassung dieser Forderungen als Gesamtantrag ausdrücklich dagegen geklärt. Die KPD blieb mit diesen Forderungen der Kleingewerbetreibenden allein. Weder Deutschnationale, noch Wirtschaftspartei, noch SPD, wollten solche einschneidende Hilfsmassnahmen mitmachen. Besondere Einzelanträge der KPD, auf Kredite für Klein-gewerbetreibende wurden in Preußen und im Reich abgelehnt. Sie wurden sowohl von Vertretern der Wirtschaftspartei, wie Dr. Klum, und von Vertretern der SPD, wie Mathilde Wurm, mit der Ausrufung bekämpft, daß den kleinen Existenzen ja doch nicht zu helfen sei. Steuererleichterungsanträge der KPD für das Kleingewerbe wurden sowohl für die Einkommenssteuer wie für die Umsatzsteuer, als auch besonders für die Realsteuer, wiederholt gestellt, aber immer, sowohl in Preußen wie im Reich, in Bayern und Württemberg, haben die anderen Parteien es abgelehnt, die Steuererleichterungsanträge für Klein-gewerbetreibende auf 3000 Mark zu erhöhen. Dabei haben wieder alle Parteien von den Deutschnationalen bis zur SPD, einschließlich der Wirtschaftspartei, gegen die Kommunisten dasselbe erlebt, als wir für die Kleingewerbetreibenden ihre Aufnahme in die Sozialversicherung gegen Krankheit, Unfall, Alter und Invalidität vorschlugen, als wir die Zusammenfassung der verschiedenen privaten Versicherungen gegen Feuer, Einbruch und Unwetterkatastrophen durch Selbstverwaltungsgesetze der selbständigen Mittelschichten beantragten. Wieder stand die KPD mit diesen Anträgen auf soziale Hilfsmassnahmen für die Mittelschichten allein.

Demnach muß die KPD den Kleingewerbetreibenden prüfen, daß es für sie im Kampf gegen das Großkapital und seine verschiedenen Regierungen keinen anderen ehrliehen Verbündeten gibt als die Arbeiterklasse, als die kommunistische Partei.

Wer nicht für die Großkapitalisten und ihre Agenten kämpfen will, wer sich nicht bewußt den Ausbeutern ans Messer liefern will, der muß sich als unbemittelter Kleingewerbetreibender in den Kampf der Werkstätten einreihen, der muß sich an die Seite der klugen und bewußten Arbeiterklasse stellen, der wird im Wahlkampf bei seinen Kollegen und Angehörigen mit allem Eifer werben für die Lösung am 20. Mai:

Wählt Kommunisten! Wählt Liste 5!

Streik

Wahre Verhandlungen über die Erhöhung des Lohns...
Geduldig und zufrieden warteten die Steinbrecher auf den Abschluss des neuen Tarifes.

Die Verhandlungen brachten keinen Erfolg. Der Schlichter griff ein und schlichte einen Schiedspruch, bei dem für Affordarbeiter 3 Prozent Lohnerhöhung herauskam.

Die Monatsabrechnung hatte es gestern gegeben. Von der festgelegten Lohnerhöhung war keine Spur zu sehen.

„Wenn Ihr Steine haben wollt, dann müßt Ihr die schon selbst laden“, brüllte der lange Herrmann wieder los.

„Was geht denn jetzt los, wollt Ihr nicht mehr arbeiten?“, fragte er. „Ja, wenn Ihr die Arbeit wieder aufnehmt, so sollt Ihr im Herbst das andere noch erhalten.“

„Nachdem auch die Osenarbeiter die Arbeit wiederlegten, wurden die Geisler dieser Verhältnisse doch etwas länger.“

„Am späten Nachmittag erschienen beide, gemeinsam im Direktionsauto sitzend. Von Laichreue und anderen schönen Worten wurde gesprochen.“

„Nach einständiger Verhandlung erklärte die Betriebsleitung die Bereitwilligkeit zum Zahlen.“

„Am anderen Morgen gingen die Steinbrecher wieder an ihre schwere und gefährliche Arbeit gerade, als wenn gar nichts vorgefallen wäre.“

E. H.

Die Dresdner Bevölkerung nach ihrer Religionszugehörigkeit

Die nachfolgenden Zahlen sind den Verzeichnissen der Sachlichen Statistik Dresden entnommen.

Nach der Zählung der Wohnbevölkerung hatte Dresden am 16. Juni 1925 619 157 Einwohner, von denen waren 285 573 männliche und 333 583 weibliche.

Keiner Religionsgesellschaft, aber einer Vereinigung zur gemeinsamen Pflege einer Weltanschauung gehörten 1467 an, 865 männlichen und 602 weiblichen Geschlechts.

300000 M.

für die Freidenkerbewegung

forderten die Kommunisten im Reichstage als Gegenmaß gegen die hohen Kirchenabgaben!

lehnnten die Sozialdemokraten ab

die antikirchliche Aktionkraft zu härten.

Sollten solche Leute eure Stimmen erhalten?

Nein! Wählt deshalb am 20. Mai nur

Kommunistische Partei, Liste 5

Räder, Frölich, Graf, Olga Köner, Neuhof

evangelische Landeskirche 537 801 (241 178 m., 296 623 w.)

evangelische Freikirchen 322 (143 m., 179 w.)

sonst. evang. Religionsgesellschaften 3 870 (1 604 m., 2 266 w.)

rom.-kath. Kirche 34 382 (15 739 m., 18 643 w.)

griech.-u. russ. Orthodoxe 628 (350 m., 278 w.)

Alttestamenten 66 (33 m., 33 w.)

sonstige christliche Religionen 709 (263 m., 446 w.)

Die Zahlen sind sehr aufschlußreich. Den 93,34 Proz. Christen und 0,82 Proz. Israeliten stehen zusammen 5,81 Proz. gegenüber, die keiner Religionsgesellschaft angehören.

Die Prozentzahl zu erhöhen wird Aufgabe der nächsten Jahre sein müssen. Wenn alle die, die innerlich mit der Kirche schon längst gebrochen haben und nur noch aus äußerlichen Gründen Angehörige der Kirchen sind, aus der Kirche austreten, wäre der Prozentsatz sehr viel höher.

Ein volles Klarheit zu schaffen, muß endlich einmal eine reinliche Scheidung vollzogen werden. — Zunächst aber, und das ist Aufgabe der proletarischen Freidenkerbewegung, sind die organisierten zu erfassen, die äußerlich bereits die nötigen Folgerungen aus ihrer Gesinnung gezogen haben.

35 124 Personen, die keiner Religionsgesellschaft angehören, ist heute noch nicht einmal die Hälfte erfaßt.

Rüffet um Freidenker-Zahlfesttreffen!

Zum ersten Male wird Dresden während der Pfingsttage im Zeichen des proletarischen Freidenkertums stehen. Die Freidenker Sachsens, soweit sie im Verband für Freidenkertum und Arbeiterbewegung organisiert sind, treffen sich, um gegen die Kulturtraktion zu demonstrieren, um gegen geistige Verflämung und Verdrückung Front zu machen.

Das Freidenker-Zahlfesttreffen zu Pfingsten soll eine wuchtige Demonstration freigeistiger Menschen gegen die Reaktionen aller Schattierungen werden. An alle Freidenker und Gesinnungstreue ergeht die Aufforderung die Demonstration zu einer wuchtigen Gestaltung zu helfen.

Der Hausbesitzer... Die rote Fahne!

Uns geht folgendes Schreiben von einem Arbeiter zu: „Am 1. Mai hatte ich meine rote Fahne zum Fenster herausgehängt. Dieses hat meinem Hausverwalter nicht gepasst.“

Wichtige Zeugen zum Raubmordverbrechen in Dresden. Die Zeugen sind: Der Zeitungsausstreifer, der das Verbrechen an der Geschäftsinhaberin Gemeiner zuerst entdeckte, hat der Kriminalpolizei nachträglich folgendes angegeben: Er habe beim Verlassen des Geschäfts einen unbekannten Mann und eine Frau (vermutlich Chepan) gesehen.

Halt auf! Flüchtender Diebstahl. Vor einigen Tagen in der Mittagszeit wurde von 2 unbekannten Tätern im Schalterraum einer hiesigen Bank ein äußerst raffiniertes Gelddiebstahl ausgeführt.

Die Einseitigen oder wie sie anderen Orts, beispielsweise in Franken, genannt werden, die Eismaße der, dauern bis zum 14. Mai. Diese Zeit der Froste, Hagelstauer, Kälteperioden richtet oft bösen Schaden unter den blühenden Bäumen und Reben an.

Charlotte, etwas verrückt, heißt der zur Zeit im Prinzregententheater laufende Film. Der „Stoff“ ist einem Roman von Wilhelm Spener entnommen, der der Weltliteratur bekannt ist.

Da sollst nicht klettern. „Ein Spiel von Gauerei und Liebe“ stellt sich der zur Zeit im Capitol laufende Film. Das Spiel ist fast alle und nicht einmal original! Beim Einbruch in die Villa, eines Reichen wird Lotte, die Diebin (Ellen Harmon) „geknippt“.

Die zweite Abteilung der Arbeiteramariterkolonne bezieht Sonntag den 13. Mai, von früh 8 Uhr ab eine Reihenschießerei. Der im Grundstück Altstrichen 26 unter anerkennenswerten Opfern erbaute eigene Schuppen, den die Mitglieder in ihren Feiertagen errichteten, wird seiner Bestimmung als Geräteaufbewahrungsort übergeben.

Feuersnot und Feuerchutz

Die Einrichtungen der Städte zum Schutz des Lebens ihrer Bewohner bilden einen der wichtigsten Zweige des Gesamtgebietes „Lebens und Gemeinwesen.“

Wohlthätig ist des Feuers Recht, Wenn sie der Mensch beschützt bewacht, Denn was er bildet, was er schafft, Das dankt er dieser Himmelskraft.

Daher war die Menschheit von ihren Kindheitstagen an bemüht, das Feuer in ihren Dienst zu zwingen und den Haß, mit dem die Elemente die Gebilde von Menschenhand zu vernichten trachten, mit Menschlichkeit und Menschenwitz unschädlich zu machen.

Den ersten Hinweis auf einen geordneten Feuerlöschdienst fand man auf einem altägyptischen Papyrus der im 2. Jahrtausend vor unserer Zeitrechnung, also vor 3-4000 Jahren, entstanden sein mag.

Die Mittel für diesen Zweck waren freilich noch sehr unzulänglich. Meist mußte man sich darauf beschränken, Menschen und Güter zu retten, ohne daß man des Feuers selbst Herr zu werden vermochte.

Etwas besser wurde die Brandbekämpfung nach der zweiten Gründung der Feuerlöschtruppe in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts. Diese Waffe gegen die Feuergefährde war bereits den Römern bekannt.

Flugblattfalzen
Flugblattverbreitung
Sonnabend, den 12. und Sonntag, den 13. Mai in ganz Dresden

Esso! verbessert und im neuen römischen Reiche verwendet, mit dessen Verlust sie aber wieder in Vergessenheit gerieth. Erst im Jahre 1499 wird die neuzeitliche Feuerlöschtruppe wieder in einer Nürnberger Urkunde erwähnt.

Immer ausbreitete wurde an der Verbesserung dieser wirksamen Waffe zur Bekämpfung des Feuerbrandes gearbeitet, um die sich z. B. auch 1818 der Augsburger Goldschmied Klärner belohnt verdient gemacht hat.

Da am 28. Februar des genannten Jahres in einer Loge des Karlsruher Hoftheaters das Gas nicht brennen wollte, hatte ein Lampenputzer den Brenner abgedreht, ohne die Leitung abzustellen.

Ein wesentlichen Aufstiege nahm das Feuerlöschwesen seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts mit der Gründung der freiwilligen Feuerwehren, deren erste 1811 in Weihen entstanden ist.

Da am 28. Februar des genannten Jahres in einer Loge des Karlsruher Hoftheaters das Gas nicht brennen wollte, hatte ein Lampenputzer den Brenner abgedreht, ohne die Leitung abzustellen.

Heute gibt es wohl in Deutschland keine größere Gemeinde mehr, die nicht über ein autarkes Feuerlöschwesen verfügt. Die Ausbreitung der Technik „Die Technische Stadt“ in Dresden wird in einer besonderen Halle die Entwicklung und den gegenwärtigen Stand des Feuerlöschwesens anschaulich darstellen.

FLUGBLATTFALZEN
FLUGBLATTVERBREITUNG
Sonnabend, den 12. und Sonntag, den 13. Mai in ganz Dresden

„Proletarier und Kommunisten“

Von einem kommunistischen Mitglied des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Zur Urwahl am 13. Mai

Die Kommunisten haben keine von den Interessen des ganzen Proletariats getrennten Interessen. Sie haben keine besonderen Prinzipien auf, weshalb sie die proletarische Bewegung mehr wollen.

Meine Polemik soll sich mit den im Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter vom 5. Mai erschienenen verschiedenen Artikeln reformistischer Gewerkschafter beschäftigen. Wir Kommunisten wollen aus den wirtschaftsfriedlichen Gewerkschaften wieder Klassenkampforganisationen machen. Wenn ich deshalb die vor circa 50 Jahren geschriebenen Leitlinien des kommunistischen Manifestes an die Spitze meines Aufsatzes stelle, so deshalb, weil ich das betonen möchte, was die Schriftleitung des „Proletariats“ glattweg verneint, nämlich: daß wir Kommunisten keine von den Interessen des ganzen Proletariats getrennten Interessen haben. Was aber lehrt die „Proletariats“?

„Die KPD ist eine Organisation zum Zwecke der Zerschlagung der Arbeiterorganisationen. Wer mit diesen Schädlingen der Arbeiterbewegung Gemeinshaft hält, ist ebenso zu bewerten, wie ein Funktionär anderer Verbände, die im Sinne eines KPD-Handbuchs tätig sind, müssen von ihren Posten entfernt werden. Mit solchen unehrlichen Menschen wollen wir nicht arbeiten. Für oder gegen! Ein Mittelweg gibt es nicht.“

Kollegen! Erinnerung auch daran, daß die deutschen reformistischen Gewerkschaftsführer während des Weltkrieges auf Seiten der imperialistischen deutschen Bourgeoisie gekämpft haben. Erinnerung auch daran, daß ein Karl Liebknecht, damals leitender Sozialdemokrat, von seinen eigenen Parteigenossen im Kampf gegen die Kriegskriegler verurteilt und im Stich gelassen wurde. Was geschah, als Karl Liebknecht 1918 dann an der Spitze der revolutionären Arbeiter stand? Was er die Arbeiter im Kampf gegen die bürgerliche Klasse führte? Er wurde von den sozialdemokratischen Führern verleumdet und sein Name, der jetzt als einer der Helden in der Geschichte der Arbeiterbewegung gilt und neben den Großen anderer Zeit genannt wird, in Verbindung mit den gemeinsten Verleumdungen genannt.

Nach Karl Liebknecht wurde als „Schädling der Arbeiterbewegung“ bezeichnet.

Als diese Benennung nicht „log“ — war es der sozialdemokratische Reichswehrminister Kautz, der durch seinen Schleichkurs die Möglichkeit schuf, den Witten unserer Vorläufer zu machen. Die Stimmung zu diesem Wort schuf der Vorwärts, das Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei, mit seinen gegen die Kommunisten gerichteten Behauptungen und Gerüchten.

Ja, Kollegen, war den sozialdemokratischen Führern von damals ein Karl Liebknecht unangenehm, weil er das große Ziel einer sozialistischen Gesellschaftsordnung mit dem Mitteln empfing, welche die ihm, der als Kommunist, theoretisch vor der übrigen Klasse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus hatte, als die besten und geräuschtesten erschienen, so ist unsere Ansicht gegenwärtig den reformistischen Führern unseres Verbandes unangenehm. Wir als Opposition wissen, warum in den 10 Jahren republikanischer Staatsform in Deutschland die Lage der Arbeiterklasse wirtschaftlich und politisch den Tiefstand erreicht hat, der den Reformisten „gar nicht so schlimm“ erscheint. 10 Jahre des Zusammenarbeitens sozialdemokratischer Partei- und Gewerkschaftsführer mit den Feinden des Proletariats, dem Bürgertum haben diesen führenden Schichten und damit der Arbeiterklasse den Willen und die revolutionäre Kraft genommen, durch die allein nur die kapitalistische Gesellschaftsordnung beseitigt und die Voraussetzung für den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft geschaffen werden kann.

Klassenkampf ist ein verpöntes Wort bei den Sozialdemokraten.

Dafür herrscht ein anderes Wort: „Wirtschaftsdemokratie“.

Was brachte euch die von der Gewerkschaftsbureaukratie geprägte Wirtschaftsdemokratie?

Den Unternehmern brachte sie eine künstliche Wirtschaftsentwicklung und die Möglichkeit, ungehindert nach höheren Arbeitslohn und Produktionsraten zu rationalisieren. Getroffen heißt der „Proletarier“ heißt, daß die Kämpfe, die doch geführt worden sind, Erfolg gehabt. Das stellt er für diejenigen seiner Väter fest, die noch hofften alles glauben, was ihnen die Bureaukraten erzählen. Dann aber schreibt einer dieser Gerissenen, gerade jetzt vor den Reichstagswahlen in betrügerisch-rabulastischen Redensarten nachdenklichen Lesenden folgendes:

„Es war kein Wunder, daß die Arbeiterklasse, der die aufsteigende Konjunktur nicht verborgen bleiben konnte, ihren

Anteil an der künstlichen Wirtschaftsentwicklung und an den Erfolgen der Rationalisierung haben wollte. Waren diese Erfolge doch nur möglich gewesen unter Mitwirkung der Arbeiterkraft. Diese Mitwirkung bestand hauptsächlich in ungeheurer Arbeitsleistung bei relativ gleichbleibendem Lohn oder gar sinkendem Lohn. Die Tarifverträge waren fast ausnahmslos auf längere Zeit abgeschlossen worden, so daß die Löhne zu Beginn des Jahres 1927 nicht wesentlich angehoben werden konnten. Wie eine geringe Lohnsteigerung erreicht wurde, machten die anscheinenden Preise sie bald wieder wertlos.“

Dies ist klar ausgedrückt, daß die wachsenden Wünsche Lohn-erhöhung, die hier und da herausgeholt worden sind, den steigenden Bedürfnissen abzuliefern nicht vermochten.

Trotzdem wird von Erfolgen gesprochen, den Kollegen eingedrückt, daß sie der Taktik ihrer Gewerkschaftsführer viel zu verdanken haben.

Den Kommunisten, die den wahren Charakter dieser „Erfolge“ und damit den

Weg der sozialdemokratischen Führer festzulegen, wird in einem fettergedruckten Wahlzettel, der für die Wirtschaftsdemokratie nicht geht:

„Erfolge überaus die größten Taten! Unbetrübt gehen wir unteren Weg weiter, auf dem wir Erfolg errangen und erringen. Unsere erteilten Lohnforderungen (Erhöhungen) Stebe Jutat oben! — Nun B. Dorf) sind der Arbeiterkraft nicht wert als Busche, Zuchtstaus und Gend in den Arbeiterfamilien.“

Also, man kann so und so! Obwohl sich das

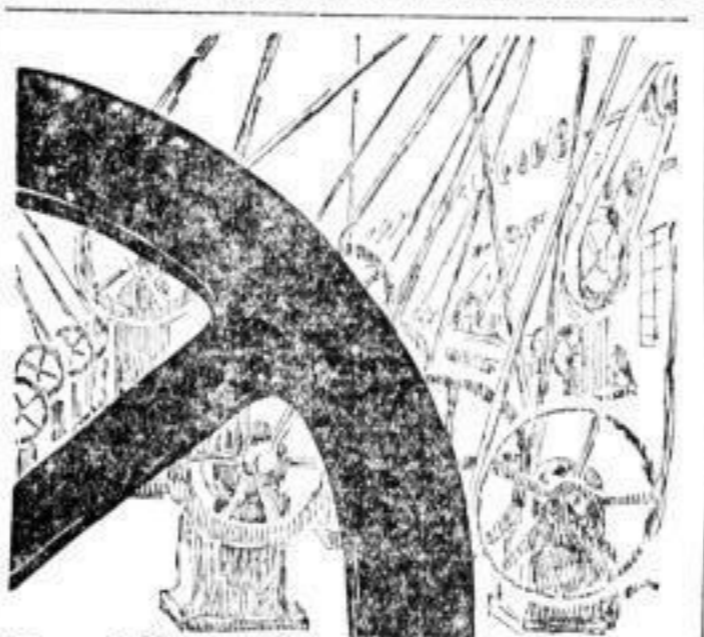
das den Lohn der Arbeiter auf eine längere Zeit macht, während alles an Lebensmittelpreisen und Steuern der Lebensbedingungen steigt, lediglich gegen die Interessen der Arbeiter auswirkt, den Interessen der kapitalistischen Klasse aber nur unbedeutend ist, wird es von den Reformisten in den Himmel gelobt und den Kollegen immer und immer wieder empfohlen.

(Schluß folgt)

Die Dresdner Verwaltung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes als Filiale der SPD

(Arbeiterkorrespondenz)

Wenn in einer Verammlung der Holzleute Dresden des DHB ein Kollege politische Fragen berührt, so würde solches unter dem Vorwand „Politik gehört nicht in den Verband“ von der Leitung unter dem Vorwand der Mehrheit sofort unterdrückt. Selbst in der letzten Generalversammlung, als Kollege Acker das Recht der Arbeit plädierte und sein Bedauern darüber



Der Lärm der Maschinen
erweitert sich zur Werbung für Partei und Presse, zur Sammlung für den Wahlfonds!

Einzahlungen auf Sparkonten Dresden 262 67 (Otto Häbel)

ausdrück hat in Dresden keine politische Weltanschauung nicht kommt, was man dies Mittel an — Wie leicht konnten die Holzleute sich unangenehmer Dinge die Mitglieder der Verwaltung erhalten und die verbundene Opposition verdrängen. Dies muß mit allen Mitteln unterbunden werden. Darum haben die Verbände die Holzleute die Holzleute verdrängen. Einiges anderes ist es, wenn die Verwaltung des DHB im Wahlzettel auftritt: Alle Verbände mitglieder sollen sich am 1. Mai den Demonstrationen der SPD anschließen. Warum gerade denen der SPD? Darüber gibt der verantwortliche Kollege Karl Fischer folgende Begründung: „Der 1. Mai 1928 muß von allen Gewerkschaftsmitgliedern, die der Antihöcker Internationalen angehören und in einer massiven Kundgebung für die Erhaltung und Achtung des Achtundzestages teilnehmen werden! Nur bis 1928 sind die Regierungen an das Washingtoner Achtundzestages-Übereinkommen gebunden. Nach dieser Zeit besteht die Möglichkeit, dieses Abkommen zugunsten der Arbeiterkraft zu ändern. In allen kapitalistischen Staaten der Welt sind Kräfte am Werke, das Washingtoner Abkommen wesentlich zu verschlechtern. Es gilt, die kurze Zeit zu nutzen, um die politische Abspaltung des Achtundzestages zu vermeiden.“

„Aber Karl (wie leicht könnte man annehmen) daß beim Gedanken etwas in Unordnung sind) mit dem Namen Verwaltungsmittel — Kar hat auch gewollt geteilt. Ihr sollt dann die Mitglieder in den Demonstrationen der SPD teilnehmen lassen, wenn euch wirklich an der Erhaltung bzw. an der Abspaltung des Achtundzestages etwas gelegen ist. Wer hat im Parlament den Achtundzestages befragt? Waren dies nicht die Sozialdemokraten? Waren und sind es nicht die Kommunisten die nicht nur gegen das Ermächtigungsgesetz stimmten, sondern auch die Arbeitermassen mobilisierten für die Erhaltung des Achtundzestages?“

„Glaubt ihr, daß die Holzarbeiter so vorgeht sind und euch alles glauben?“

In gleichen Mittelmaß wird in Reichstag aufgeführt, daß alle Kollegen und Kolleginnen zur Reichstagswahl ihre Stimme der SPD geben sollen.

Diese einseitige Parteipropaganda kennzeichnet so recht eure „Neutralität“. Keine brüdt ihr euch um die mündlichen Auseinandersetzungen herum, um so „führer“ und dreister fächelt ihr euch ins Wahlzettelblatt.

Wahlpropaganda ist nicht eure Aufgabe, deshalb noch schnell vor der Wahl eine Verammlung mit dem Reichstagsabgeordneten Richter als Referent einzuweisen mit dem Referent zugelassen? Wollt ihr auch die Verammlung für eure Zwecke benutzen, ähnlich der Severeingerverammlung im Trianon?

Holzarbeiter! Seid auf dem Wache! Reiner darf am 13. Mai fehlen! Geht auf und laßt euch nicht verführen! Erteilt den Reformisten die richtige Antwort, indem ihr am 20. Mai

der Liste 5 — Siegfried Häbel

eure Stimme gebt.

Die Wahlzettelverteilung findet am 13. Mai nachmittags, 17 Uhr im großen Saal des Volkshauses statt mit der Tagesordnung:

Was erwarten wir als Gewerkschafter vom kommenden Reichstag.

Zu dieser Veranstaltung ist das Erscheinen aller Genossinnen und Genossen sowie der mit uns Sympathisierenden dringend erforderlich.

Holzarbeiter! Heute wichtige Sitzung!

Die einseitige Stellungnahme des Verbandes anlässlich der Reichstagswahl zugunsten der SPD wohnt uns zu Gegenmaßnahmen. Deshalb alle KPD- und KPD-Genossen am Freitag den 11. Mai, 19.30 Uhr (1/28), nach dem Brandenburger Hof

zu einer wichtigen Besprechung.

Kein Genosse und keine Genossin darf fehlen! Alle haben zu erscheinen! Partei- oder Konfrontationsbuch sowie Verbandsbuch sind zur Kontrolle mitzubringen. Ausgabe von Material.

Alle Mitglieder des Verkehrsverbandes

Heute Freitag den 11. Mai, 19 Uhr, wichtige Sitzung im Brandenburger Hof. Kein Genosse, keine Genossin darf fehlen. Parteileitung.

Deutscher Bauern-Bund, Sektion der Kasse und Fiegelstr. 11, am Sonntag den 13. Mai, 9 Uhr, im Volkshaus

Wichtigste wichtige Sitzung.

Verantwortliche Redatoren: für Innen- und Außenpolitik: Rudolf Kerner; für Verkehrs- und Wirtschaftliches: Sport und Amüsement: Richard Springer; für den Interzonalen: Richard Kerner; für den Interzonalen: Richard Kerner; für den Interzonalen: Richard Kerner.

Fabrikarbeiter! Am Sonntag, dem 13. Mai, Urwahl! Wählt nur Kandidaten der Opposition!

Fortsetzung 72

DER KLASSE

ROMAN VON KURT KLÄBER

Der Dampfer schobte eilig an den stadernden Fackeln der Feuerkette vorbei. Hinter dem letzten fuhr er einen kleinen, halbrunden Bogen, heulte auf, bemalte die stierenden Schrauben und ließ farnend zwei große Räder fallen!

„So das ist Boulogne!“ sagte der Franzose leise. Er sah in die kleinen, fernen Lichtpunkte, die zwischen Himmel und Wasser flimmerten, und hob ihnen seine Hände entgegen.

Die Frau war lustiger. „Frankreich!“ schrie sie auf „Frankreich!“ Sie drehte sich wild auf den Abhängen und packte dabei den Dänen und den Russen um die Schulter.

Aus den Lichtpunkten schraubten sich pfeifend zwei kleine Kutzer. Sie fauchten heran, umtanzten den großen Dampfer eine Weile und legten an.

„Wir müssen jetzt Abschied nehmen!“ sagte der Franzose, der sich wieder zu den anderen gewendet hatte. Er sitterte leicht, und in seinen Augen lag Wasser.

Zuerst trat er zu dem Dänen. „Ach wohl!“ flüsterte er. Der Däne sah mit kleinen Augen zu ihm hinab. „Grüße mir Marie-Louise“, sagte er, „und die tapferen Marie-Louise Genossen!“ Der Franzose war schon weiter gegangen. Er stand vor dem Belgier. „Wir haben uns manchmal gekannt, Großer!“ sagte er. „Wirst du es vergessen?“

Der Belgier nickte nur und preßte den Sprechenden an sich. Der Russen fiel der Franzose in die Arme. „Grüße mir Moskau!“ schloß er. „Und Penningrad! Und Odesa! Grüße mir auch die russischen Brüder!“

Der Russe schluckte mit. „Und werde du wieder gesund!“ sagte er.

Der Franzose lächelte und über seine einfallenden Seiten ließ ein leichtes Rot. Während er aber hinüber zu dem Ge-

duktion ging, wurde er plötzlich blaß und kühl, blieb stehen und hörte. „Kamen da nicht einige Schritte?“

In dem Augenblick wurde die kleine Tür aufgerissen, die in die zweite Klasse führte, und drei spitzbärtige Männer und der dicke Offizier vom Dampfer traten herein.

„Ja ein René Cassin unter euch!“ bockte der Offizier die Männer giftig an.

Die mochten erstaunte Gesichter und sahen sich gegenseitig in die Augen. Nur der Däne bekam einen Schreck. Er sah zu dem nachgewordenen Franzosen und pißf geltend durch die Zähne.

„Das bin ich!“ sagte der in die lautlose Stille und schlüpfte dem Spitzbärtigen einige Schritte entgegen.

Die stürzten sich auf ihn. „Sie sind uns gemeldet worden!“ sagte der Kleinste und trakte seine Hand um den Arm des Franzosen. „Sie sind verhaftet!“

Es war ein Augenblick noch stiller. Die Männer hatten die Mäuler offen und sahen alle auf den Umflammernden, der unter den Grillen des Spitzbärtigen weislicher, glöck und beinahe durchdringt wurde.

„Hilft ihm niemand?“ sagte da auf einmal eine feterliche, hohe Stimme. Die Männer drehten sich erschrocken um. Es war der Heilige. Er war nun seinem Platz hinter dem Steuerhaus herorgetreten und ging mit langen Schritten auf den Gefangenen zu.

„Ja ihn los!“ sagte er genau so feierlich zu dem, der den Franzosen an der Hand hielt.

Der Spitzbärtige blinzelte aber dem Heiligen nur an. Die beiden anderen sahen den mageren Mann zu gleicher Zeit um die Hüften und hoben ihn zur Seite.

Er machte sich mit den gleichen langen Schritten wieder. Nicht gewalttätig. Sein Gesicht war erst. Die Spitzbärtigen mochte das trödem ärgerlich. Einer holte seine Faust, und er ließ sie dem Dänen so lange in den Magen, bis der Dürre zulammenstürzte.

Die Männer brach das zur Befinnung. „Hund!“ schrie der Däne, und er warf sich dem Kleinsten so wütlich an die Brust, daß sie beide stehend zu Boden fielen.

„Was hat er denn verbrochen?“ rief der Belgier und sprang sofort von den wieder betretenen Franzosen.

„Er ist Delerter!“ sagten die beiden anderen Spitzbärtigen. „Kein!“ feuchte der Däne, der den unter ihm Liegenden noch mit den Füßen bearbeitete. „Er ist ein Sozialist!“

„Hol“ quakte der dicke Offizier, „als ob das ein Unterschied wäre. Er hatte sich bis zur Tür zurückgezogen und winkte eilig nach einigen Matrosen.“

„Er ist außerdem krank!“ sagte der Amerikaner und stellte sich auch vor den Franzosen.

„Ja!“ rief der Russe. „Er hat die Schwindsucht und speit den ganzen Tag Blut!“

„Wir müssen ihn trotzdem verhaften!“ sagten die Spitzbärtigen. „Wir haben den Befehl!“

„Hoh!“ höhnte der Gewackte. Er strich sich seine Jackenärmel nach oben und ballte die Fäuste. „Dann halt ihn auch nur!“ sagte er und ließ sich neben den Belgier.

Da nahm der dicke Offizier wieder. Er trieb ein halbes Duzend kräftige Matrosen vor sich her und einen gewaltigen härtigen Bootsmann.

„Nehmt dieses rebellische Pack fest!“ krächte er hinter der amarschierenden Front und lachte mit einer kleinen Pistole.

„Sind es Spitzbärtigen?“ fragte der Bootsmann, der ein rundes, guimuttiges Gesicht hatte.

„Der Klasse dort ist ein Delerter!“ riefen die Spitzbärtigen zum zweitenmal und drangen mit den Matrosen vor.

Die Tapferkeit der Männer war diesmal vergebens. Es waren zu viele gegen sie. Der Däne, der besonders wild um sich schlug, wurde hochgehoben und gegen einen eisernen Pfosten gerammt. Der Gewackte bekam einen Schlag zwischen die Augen und fiel neben ihn.

Dem Belgier band man nur die Hände. Der Bootsmann nahm ihn danach unter den Arm und trug den sich Sträubenden auf die Seite.

„Schrecklich! Schrecklich!“ freudigte die Franzosen, die sich mit an dem Kampfe beteiligt hatte und plötzlich allein unter den großen Matrosen stand.

Der Russe, der neben ihm auf dem Boden lag, war noch bebrütet. „Was werden sie jetzt mit ihm machen?“ heulte er auf.

Der Franzose, der wieder in der Gewalt der Spitzbärtigen war und seine Kellen um die schmalen Handgelenke hatte, veruchte, ihn zu trösten. „Was sollen sie mit mir tun!“ sagte er leise. „Sie werden mich einsperren. Sie werden mich vielleicht schlagen. Ich werde einige Tage früher sterben. Das ist alles!“

Er lächelte offen noch einmal zu. Er spit dabei Blut und wankte. Die Spitzbärtigen führten ihn eilig hinaus.

(Fortsetzung folgt.)

